

V0022/23

Bebauungs- und Grünordnungsplan Nr. 935 „Solarparks Winden südlich B 16,, mit Änderung des Flächennutzungsplans

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 08.02.2023

Die Anträge der Verwaltung V0007/23 und V0022/23 werden gemeinsam behandelt.

Bürgermeisterin Kleine verweist auch auf den Aufstellungsbeschluss zum Solarpark Winden. Grundsätzlich sei es nicht so angedacht, dass sowohl der Grundsatzbeschluss, als auch der Aufstellungsbeschluss zeitgleich in einer Sitzung gefasst werde. Die nun vorliegende Maßnahme mit Solarpark sei das erste Projekt mit Photovoltaikanalgen in Freiflächen, wo auch der Kriterienkatalog angewandt werde. Insofern solle dies zusammen behandelt werden.

Aus Sicht der Landwirtschaft gebe es unterschiedliche Anschauungen was die Flächennutzung betreffe, so Stadtrat Wöhl. Dabei verweist er auf eine gestrige Veranstaltung mit Landwirten, wo sich deutlich gezeigt habe, dass es viele Gegner gebe. Andererseits gebe es aber auch Landwirte, die eine solche Maßnahmen umsetzen wollen. Das Strom benötigt werde, stehe außer Frage. Stadtrat Wöhl weist aber darauf hin, dass auch Flächen für den Anbau von Futtermitteln benötigt werden, vor allem wenn das Essen knapp werde. Er fragt nach was beim Flurstück 356 entstehen solle und erkundigt sich zum aktuellen Verfahrensstand.

Bürgermeisterin Kleine informiert, dass Landwirte Interesse gezeigt haben. Der Betreiber der PV-Anlage habe gegenüber der Stadt signalisiert, dass sich Landwirte für die Umsetzung bereit erklärt haben. Ziel sei es, die Bereitschaft beider Seiten zusammenzubringen. Die Bereitschaft vom Landwirt sei nach wie vor vorhanden. Bürgermeisterin Kleine könne sich eine konkrete Umsetzung bei der Fläche 356 vorstellen. Zu den Flächen westlich von Winden sei noch nichts bekannt. Hier sei man aber noch im Gespräch mit dem Landschaftspflegeverband. Damit man in die konkreten Verhandlungen treten könne, sei der heutige Grundsatz- und auch der Aufstellungsbeschluss wichtig. Stadtrat Wöhl fragt nach, ob das Flurstück 365 für eine Freiflächenanlage komplett belegt werde. Weiter verweist er auf die andere Alternative Agri-Photovoltaik. Dies seien aber nach seinen Worten unterschiedliche Dinge. Insofern fragt er nach, was heute beschlossen werden solle.

Bürgermeisterin Kleine merkt zur Beschlussfassung an, dass auf geeigneten Teilflächen dies forciert werden solle.

Dann werde dies nicht beschlossen, sondern offengelassen, weil dies klar für den Betreiber sei, so Stadtrat Wöhl.

Man gehe hier in das konkrete Verfahren, so Bürgermeisterin Kleine.

Der Einstieg sei der Aufstellungsbeschluss, informiert Frau Wittmann-Brand. Natürlich gehe es darum, noch mehr Grundlagen zu ermitteln und zu überlegen, wo es sinnvoll oder nicht sinnvoll sei. Wenn das Go seitens des Stadtrates erfolge, werden weitere Gespräche mit den Eigentümern und auch mit den Landwirten geführt. Dann erfolgen genauere

Untersuchungen, welche Art von Photovoltaik sinnvoll angebracht und verwirklicht werden könne. Diese vielen Punkte könne auch Bereiche letztendlich ausschließen. Derzeit sei man noch am Anfang und entsprechend habe man auch einige Verfahrensschritte, um dies zu konkretisieren.

Bei einer Höherstellung der Module bei der Fläche 356, könne sich Bürgermeisterin Kleine darunter Bewuchs vorstellen. Die Bereitschaft dazu sei signalisiert. Sie wolle aber hier nicht vorgreifen. Obwohl Anumar die Bereitschaft der Landwirte bekannt sei, warten diese die Beschlussfassung des Stadtrates ab. Anumar sei vor einem dreiviertel Jahr auf die Stadt zugekommen. Diese Zeit habe die Entwicklung des Kriterienkataloges in Anspruch genommen. Parallel habe man damit angefangen einen Aufstellungsbeschluss für das Verfahren vorzubereiten. Die Zusage für die Fläche 365 sei sicher und nach heutiger Rücksprache werde hier Agri-Photovoltaik, entweder mit Tieren oder mit Pflanzen umgesetzt. Bei der anderen Fläche könnte es vielleicht ein Biodiversität Programm werden. Dies sei etwas komplizierter, da auch hier erst ein Verfahrensbeschluss benötigt werde, damit dann der Landschaftspflegeverband mit ins Boot geholt werden könne. Auch hier bedürfe es einer formalen Sicherheit um zu beginnen und mit Anumar zu planen.

Stadtrat Wöhrl sei wichtig, dass diese Option offengehalten werde.

Die Option sei einerseits offen und auf der anderen Seite gebe es sehr verbindliche Angebote von Seiten der Landwirtschaft, so die Bürgermeisterin.

Stadtrat Achhammer merkt an, dass in beiden Beschlussvorlagen stehe, dass die Agri-Photovoltaik auf geeigneten Teilflächen forciert werde. Damit habe Stadtrat Achhammer Bauchschmerzen. Er habe nichts gegen die Umsetzung, aber er verweist auf die Aussage im Stadtrat, dass es bei der Förderung von Photovoltaikanlagen und den Ausbau in Ingolstadt darum gehe, nach Möglichkeit 44 Prozent der Dächer mit Photovoltaik auszustatten. Dies solle forciert werden, denn er sehe dies nicht auf landwirtschaftlichen Flächen. Weiter merkt er an, dass er auch auf der gleichen Veranstaltung gewesen sei wie Stadtrat Wöhrl. Die Aussagen der Landwirte haben sich auch auf die Ukraine Krise und der eventuellen Lebensmittelknappheit bezogen. Insofern verweist er nochmals auf den Satz in der Beschlussvorlage und merkt an, mit dieser Aussage etwas vorsichtiger zu sein. Das Baurecht habe sowieso die Stadt. Insofern müsse dies nach seiner Meinung nach nicht forciert werden.

Für Bürgermeisterin Kleine fasst zusammen, dass Stadtrat Achhammer einen sorgfältigeren Umgang mit Freiflächenphotovoltaik wünsche.

Mit Freiflächen habe Stadtrat Achhammer und auch die Landwirte Bauchschmerzen. Seines Erachtens seien hier nachbarschaftliche Probleme vorprogrammiert. Stadtrat Achhammer gibt zu Protokoll, dass unter Zugrundelegung des Kriterienkatalogs objektiv geprüft werden und dieses Vorhaben begleitet werden solle. Dies könne er sich gut vorstellen, denn dann könne dies nochmals forciert werden. Auch müsse im Verfahren mit den Nachbarn gesprochen werden. Weiter bittet er um Klärung bis zur Stadtratssitzung hinsichtlich der geplanten Einzäunung. Er könne sich nicht vorstellen, dass dort kleine Tiere durchkönnen. Weiter fragt er nach, ob die Ausgleichsflächen notwendig sind, die für diese Baumaßnahmen in Winden dargestellt sind. Weiter fragt er nach, ob diese Anlagen vor Ort oder in der Nachbarschaft auf einer anderen Fläche dargestellt werden. Hier hätte Stadtrat Achhammer gerne eine Antwort. Weiter verweist er auf die Wärme-Abstrahlung solcher Photovoltaikanlagen. In der Innenstadt werde versucht Flächen zu entsiegeln und außerhalb werden diese versiegelt. Insofern werde es sich immer um eine Versiegelung handeln, bei einem Bau einer solchen Anlage. Hier hätte Stadtrat Achhammer gerne eine Einschätzung bzw. eine wissenschaftliche Aussage. Bei der Bodenbeschaffenheit die im Bebauungsplan angegeben ist, solle seiner Meinung nach die Bonität der Fläche, den Stadträten mitgeteilt werden. Dies sei auch Kriterium für die Einschätzung und die Entscheidung.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld habe den Punkt drei nicht so verstanden, dass Freiflächen Photovoltaik forciert werden sollen, sondern dass Agri Photovoltaik forciert werden solle. Dann wenn das Freiflächen Photovoltaik umgesetzt werde. Dies sei geradezu der Versuch die Konkurrenz zwischen der landwirtschaftlichen Nutzung und Photovoltaik aufzulösen. Die Beschlusslage merkt an, dass man grundsätzlich offen dafür sei, Freiflächen Photovoltaik zu prüfen und nicht zu forcieren. Man sei offen für die Prüfung anhand der Kriterien. Es sei immer noch besser Agri Photovoltaik umzusetzen, als Photovoltaik ohne diese zusätzliche landwirtschaftliche Nutzung.

Stadtrat Achhammer habe dies anders verstanden. Er gebe sich mit der Erklärung von Herrn Prof. Dr. Rosenfeld zufrieden.

Bürgermeisterin Kleine merkt an, dass es gar nicht möglich sei 100 Prozent der möglichen Dachflächen zu nutzen. Dies bedeutet, dass man einen gewissen Anteil an Prozent, außerhalb der Dachflächen durch Photovoltaik abdecken müsse. Der Stadtrat müsse letztendlich entscheiden, wie viel Anteil davon gewollt sei und wie viel über Freiflächen Photovoltaik, welche dann Agri Photovoltaik sein solle, abgedeckt werden könne. Diese Auswertung werde derzeit für den Frühsommer vorbereitet.

Stadtrat Dr. Meyer glaube, dass sich alle einig sind, die Energieversorgung in der Region zu diversifizieren. Deswegen stehe er komplett hinter diesem Vorschlag, den Solarpark voranzutreiben. Mit dem Aufstellungsbeschluss durch ein Vorhaben eines privaten Investors werde damit begonnen. Er fragt aber nach, wie viel das der Stadt bringe. Er verweist auf den nach seinen Worten guten Kriterienkatalog. Hier seien einige Sachen positiv zu bewerten, wie z. B., dass der Sitz des Investors in Ingolstadt ist. Auch die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger, die Direktvermarktung und auch die Agri Photovoltaik seien gut. Stadtrat Dr. Meyer zeigt sich besonders erfreut, da dies auch auf den Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU zurückgehe. Er sehe es genauso wie Bürgermeisterin Kleine, dass es mittelfristig nicht leicht zu schaffen sei, alle Dächer zu bestücken. Deshalb müsse es dort umgesetzt werden, wo es möglich ist. Hier spielen teilweise Freiflächen, aber auch die Agri Photovoltaik eine wichtige Rolle. Aber viel besser wäre es, wenn die Stadt selbst mehr machen könne. Dabei verweist er auf seine Aussage dies über eine städtische Tochter abzuwickeln. Bürgermeisterin Kleine habe in der letzten Sitzung mitgeteilt, dies mit der Region und den Landkreisen abzustimmen. Seine Recherchen haben ergeben, dass die Landkreise sich nicht für eine gemeinsame Beratungsagentur aussprechen. Aber alle würden in die Gründung einer eigenen operativen Einheit, welche solche Projekte prüfe und vorantreibe, mit einsteigen. Dies sei das was Stadtrat Dr. Meyer schon angesprochen habe und insofern regt er an, in die Gründung zu gehen und keine Zeit mehr zu verlieren.

Nach den Worten von Stadtrat Witty sei bei der Ausstattung der Dächer ziemlich viel Luft nach oben. Dabei verweist er auf die Idee der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Hallenbad Parkplatz zu überdachen und mit einer PV-Anlage auszustatten. Es existieren viele Ideen und Gedanken. Stadtrat Witty gehe nicht mit dem Argument mit, dass Flächen versiegelt werden. Aus seiner Sicht sei dies nicht vergleichbar mit einer Teer-Versiegelung wie beim Straßenbau. Weiter verweist er auf den Vorschlag von Stadtrat Dr. Meyer. Seines Erachtens sehe er hier die Zuständigkeit beim Wirtschaftsreferat, da es sich um Wirtschaftsförderung handelt. Ein regionales ansässiges Unternehmen das sich hier betätigt solle auch unterstützt werden. Stadtrat Witty fragt nach, wie die Infrastruktur zu sehen sei, wenn das Vorhaben klimaneutral zu werden, umgesetzt werde. Dabei verweist er auf die Einspeisung in das Netz. Hier hänge seiner Meinung nach das Land ziemlich hinterher. Die vielen Detailfragen können erst später geklärt werden. Seitens der SPD-Stadtratsfraktion sichert er Zustimmung zu.

Stadtrat Dr. Meyer und Stadtrat Witty sprechen indirekt an, ob sich die Stadtwerke hier einbringen können, so Bürgermeisterin Kleine. An erster Stelle stehe man in den

Verhandlungen mit einem Landwirt, der selbst Photovoltaik aufstellen wolle. Über die Größenordnung sei man nun ins Gespräch gekommen. Die Überlegung sei eher nicht mit vielen kleinen Landwirten kleine Photovoltaikanlagen zu bauen, sondern es werde versucht Flächen zusammenzuschieben. Ob dies über eine GmbH, oder die Stadtwerke erfolge, müsse noch geklärt werden. Bürgermeisterin Kleine gehe dies alles auch zu langsam, weil man immer noch dran sei, Grundlagen zu schaffen.

Stadtrat Wöhrl merkt an, dass man fast verteidigen müsse, wenn man auf Flächen gehe. Weiter verweist er auf Gespräche mit dem Landkreis Eichstätt. Dieser haben bereits Pläne, wieviel Prozent benötigt werden. Es sei wichtig wie viel Dachflächen man habe. Aber hier hinke man hinterher, weil die Reihenfolge nicht eingehalten werde. Es müsse aber trotzdem ein gewisser Druck ausgeübt werden, indem man sagt, dass manche Felder auch für Photovoltaikanlagen, voll sind.

Bürgermeisterin Kleine verweist auf die Windkraft, wo man eine wesentlich höhere Energieausbeute habe. Aber diese Option habe die Stadt Ingolstadt nicht.

Nach den Worten von Stadtrat Wöhrl gehe es aber hauptsächlich um Photovoltaik. Er merkt an, dass es für viele Privatleute die eine Anlage auf dem Dach installieren wollen schwierig sei die Platten zu bekommen, weil große Unternehmen, die viele Hektar besitzen, die Platten wegkaufen.

Es könne nicht so lange gewartet werden bis alle Dächer mit PV-Anlagen ausgestattet sind, so Stadträtin Leininger. Aus ihrer Sicht sei es nicht schlimm, sondern ein Gewinn, wenn unter Anliegen dieser strengen Kriterien Flächen zumindest ausprobiert werden. Da wo dies entstehen solle, handelt es sich um eine eher flache Landschaft. Das bedeutet, dass dies nicht gleich ins Landschaftsbild knalle. Es werden Maßnahmen getroffen um das ganze Landschaftsbild verträglich zu gestalten. Die Ressource Boden sei natürlich äußerst beschränkt, auch wenn dieser vorbelastet ist oder an einer Autobahn liege. Wenn dieser Boden mit einer Photovoltaikanlage genutzt werde, dann solle auch immer untersucht werden, diesem eine zweiten Nutzen zu geben. Dies sei der Clou, wenn sich der Boden unter der Photovoltaikanlage erhole, oder im besten Fall regeneriere. Gerade diese Doppelnutzung mache es aus, dies an solchen Orten auszuprobieren. Stadträtin Leininger sichert Zustimmung ihrer Fraktion zu.

Stadtrat Dr. Meyer erläutert nochmal warum er sich für eine eigene Tochtergesellschaft ausspricht. Um die gewünschte Geschwindigkeit einzuhalten, brauche es eine eigene Einheit mit eigenem Personal. Die beste Form der Wirtschaftsförderung sei, die Einbindung regionaler und lokaler Handwerksbetriebe. Sei es beim Dachaufbau, oder bei der Agri Photovoltaik.

Frau Wittmann-Brand weist darauf hin, dass Freiflächen-Photovoltaik nicht privilegiert sei. Dies bedeutet, dass ein Bauleitplanverfahren benötigt werde und es hier einen privaten Investor gebe. Insofern handelt es sich um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan. Der Investor müsse auch nachweisen, dass er eine finanzielle Leistungsfähigkeit habe und in einem bestimmten Zeitraum diese Freiflächen Photovoltaik umsetzen könne. Zuerst aber sei der vorhabenbezogene Bebauungsplan vorgeschaltet und hierfür brauche man mindestens ein Jahr. Dies sei das Planungsinstrument um überhaupt Baurecht zu schaffen. Bei dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan sei es so, dass der Investor die Gutachten, in Abstimmung mit der Verwaltung, erstellt und bezahlt. An Stadtrat Achhammer gewandt teilt die Stadtbaurätin mit, dass bis zum Stadtrat keine Aussage zur Einzäunung oder zu den Ausgleichsflächen getroffen werden könne. Dazu müsse der Umweltbericht erstellt werden, welcher diese einzelnen Themen abhandelt. Soweit sei man aber noch nicht. Dies gebe der Investor in Auftrag nachdem der Stadtrat den Aufstellungsbeschluss gefasst hat.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:

Abstimmung über die Beschlussvorlage **V0007/23**:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Abstimmung über die Beschlussvorlage **V0022/23**:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.